

Die Europäische Union, Deutschland und die Agenda 2030

Marlehn Thieme, Vorsitzende des RNE

Keynote auf dem Global Goals Forum 2019

Berlin, 10. Oktober 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Einladung zu dieser wichtigen Veranstaltung. Ich freue mich sehr, Ihnen heute meine Einschätzungen und Empfehlungen zur Umsetzung der Agenda 2030 international, in Deutschland und in Europa zu geben.

Nach mehr als sieben Jahren als Vorsitzende des Nachhaltigkeitsrates und 13 Jahren als dessen Mitglied, schaffen Sie für mich heute auch eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen. Dafür meinen herzlichen Dank!

I.

Wir befinden uns zweifelsohne in einer politisch spannenden, aber auch sehr herausfordernden Zeit. Die gesellschaftliche Polarisierung ergreift die Welt und auch die Nachhaltigkeitsherausforderungen: die globale Klimakrise spitzt sich zu – und ihre Wahrnehmung wird breiter, zugleich wird die Ablehnung nachhaltiger Politikansätze populistisch ausgeschlachtet.

Die Menschen fühlen: es wird von Sommer zu Sommer heißer und heißer, die Zahl der Stürme und Überflutungen nimmt zu. Trotz zunehmender wissenschaftlicher Erkenntnisse, die gemeinsames internationales Handeln unabdingbar machen, werden Multilateralismus und internationale Allianzen zum Schutz unseres Planeten immer schwieriger, viele Länder wollen ihren fairen Anteil nicht übernehmen und argumentieren zunehmend nationalistisch.

Ende September hatten wir bei den Vereinten Nationen einen Klima- und SDG-Gipfel mit zahlreichen Staats- und Regierungschefs. Kurz zuvor wurde der globale Nachhaltigkeitsbericht der

Vereinten Nationen herausgegeben. Dieser zeigt: wir schreiten nicht entschieden genug voran. Mit den gegenwärtigen Maßnahmen rücken wir weltweit lediglich an die Erreichung von 3 Unterzielen von insgesamt 169 Zielen heran. Das sind:

1. Reduzierung von Kindersterblichkeit und
2. Müttersterblichkeit, sowie
3. Zugang zu Grundschulbildung.

Diese Ziele sind zwar wichtig, vor allem aber recht einfach zu fassen und zu messen. Die erdrückende Mehrzahl der Unterziele ist komplexerer Natur. Können wir uns deshalb leisten, sie **nicht** zu erreichen?

Ich meine: nein.

Es bleiben uns gute 10 Jahre, um Maßnahmen zu ergreifen, auch diese anderen 166 Ziele zu erreichen. Für einige SDGs sind im Moment sogar rückläufige Tendenzen zu beobachten. Das empfinde ich als alarmierendes Signal!

Hierbei handelt es sich unter anderem um die Ziele zur

- Reduzierung von Ungleichheit,
- Reduzierung unseres materiellen Konsumfußabdruckes und, hierüber wird im Moment viel geredet,
- zur globalen Reduzierung von Treibhausgasen.

Hier eine Umkehr der gegenwärtigen Trends zu erreichen erfordert mutige und weitreichende politische Maßnahmen und internationale Führung und Gemeinsamkeit.

Während des SDG- und Klimagipfels der Vereinten Nationen waren alle Staats- und Regierungschefs aufgefordert, entlang der vom UN Bericht identifizierten 5 Transformationspfade konkrete Handlungsoptionen auf den Tisch zu legen – und zwar in den Bereichen

1. menschliches Wohlergehen,
2. nachhaltige und gerechte Wirtschaftssysteme,
3. Ernährungssysteme,
4. Dekarbonisierung und Zugang zu Energie,
5. städtische Entwicklung und globale Umweltgemeingüter.

Deutschland und Finnland sicherten beispielsweise zu, bis 2050 klimaneutral zu werden. Die europäische Union wird 25% ihres nächsten Haushalts für Klimaschutzmaßnahmen vorsehen. Wir werden das genau nachprüfen.

Indien hat eine weitreichende Solar-Allianz gegründet und möchte seinen Anteil an erneuerbaren Energien signifikant bis 2022 erhöhen. Frankreich wird kein Handelsabkommen mehr mit Ländern eingehen, die Politiken gegen das Pariser Klimaabkommen haben.

Die Liste an Zusagen ließe sich nun noch beliebig fortsetzen und zeigt - trotz der gemeinsamen Vision von Paris: einen gemeinsamen Fahrplan zur Erreichung des Zieles, die globale Klimaerwärmung auf 1,5°C zu begrenzen, gibt es nicht.

Nach dem Klimagipfel war vor dem SDG-Gipfel, bei dem alle Staats- und Regierungschefs einzeln und gemeinsam um konkrete Maßnahmenpakete für das Erreichen der SDGs rangen. Über 100 sogenannte „Beschleunigungsmaßnahmen“ wurden öffentlich zugänglich bei den Vereinten Nationen registriert. Vier Jahre nach Beschluss der SDGs und Appellen an eine politische Kurskorrektur, schicken wir uns an, zu handeln. Die angekündigten Maßnahmen sind als Meilenstein zu bewerten. Ebenso das Momentum, das die Agenda 2030 aufgenommen hat. Was können wir tun, diesen Schwung jetzt auch konstruktiv zu nutzen?

Wir kommen zunehmend unter Druck, endlich die Veränderungen mit quantifizierbaren Zielen und konkreten Maßnahmen und Zeithorizonten zu versehen. Nur so können wir aus meiner Sicht die Ziele innerhalb zehn Jahren erreichen.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat mit Unterstützung des BMU und des BMZ die Initiative ergriffen und gemeinsam mit Partnern ein „Globales Forum von Nachhaltigkeitsräten und vergleichbaren Beratungsgremien“ gegründet. Vergleichbar sind für uns solche Institutionen, die gegenüber ihrer Regierung eine Beratungsfunktion zur Nachhaltigkeit haben und diese mit einem Multi-Stakeholder-Ansatz ausfüllen.

Dieses Global Forum soll nun dafür sorgen, dass Interessierte viel schneller und zielgerichteter als bisher an Informationen kommen, wie z.B. ein Peer Review funktioniert, den wir in Deutschland schon zweimal mit großem Impact durchgeführt haben, oder auf welche Weise ein Nachhaltigkeitsrat wirkungsvoll mit seiner Regierung interagiert. Wir wollen den schnellen Austausch von Informationen über die Erfolgsfaktoren und Hemmnisse in der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien und -fahrplänen auf nationaler Ebene ermöglichen. Was wir jetzt brauchen ist eine steile Lernkurve und organisationales Lernen – bei allen Beteiligten, Regierungen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Bürgerinnen und Bürgern.

Auch wenn durch die SDGs viele Länder ihre Prozesse und Institutionen am vernetzten Zielsystem der SDGs orientieren, ist es immer noch nicht selbstverständlich, Nachhaltigkeitsräte oder vergleichbare Organisationen einzurichten. Überlegungen dieser Art wecken zuweilen massive Vorbehalte und abwehrende Skepsis sowohl bei Regierungen als auch bei Stakeholder-Organisationen. Es werden Bevormundung, Etat-Zwänge oder Konkurrenz befürchtet. Dabei entsteht durch Beteiligung auch Mitverantwortung und nur so eine Transformation!

Das Global Forum setzt hier an und unterstützt bereits bestehende Einrichtungen dabei, sich in die nationale Nachhaltigkeitsarchitektur und -prozesse zu integrieren. Es wird interessierten Regierungen und Akteuren als realpolitisches Wissensnetzwerk dienen, wo sie sich direkt und

schnell informieren können. Wir setzen darauf, dass auf dieser Ebene auch Organisationen wie die nationalen Business Councils oder Global Compact Chapter Anschluss finden und wir neue, kraftvolle Verbindungen im Sinne von SDG 17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ schaffen können.

II.

Lassen Sie mich nun zu Deutschland kommen: Wo stehen wir in Deutschland mit der Umsetzung der Nachhaltigkeits- und Klimapolitik? Beides kann nicht mehr getrennt voneinander betrachtet werden. Zu sehr bedingen sich Entscheidungen in beiden Politikfeldern wechselseitig.

Die Bundesregierung startet am 29. Oktober die Überarbeitung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie mit einer Auftaktkonferenz in Berlin. Vier Regionalkonferenzen folgen bis Ende Februar 2020.

Ich ermuntere die Bundesregierung ausdrücklich, entschieden und vorbildlich, vor allem für die jungen Generationen auch sichtbar und nachvollziehbar, voranzugehen. Unser Wohlstand, unsere Emissionen und unser Ressourcenverbrauch verpflichten uns, voranzugehen und Führung zu zeigen, damit andere verlässlich folgen!

Jede politische Veränderung birgt Risiken – umso mehr, als die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie als Leitlinie der Bundespolitik über Legislaturperioden hinaus in den letzten 18 Jahren ein eher bescheidenes Dasein fristete, nicht nur in der Bundesregierung, sondern auch in der allgemeinen Öffentlichkeit zu wenig wahrnehmbar war.

Jetzt, wo es darum geht, das Vertrauen zurückzugewinnen und Verantwortung für an Nachhaltigkeitszielen festgemachte politische Veränderungen zu zeigen, muss die Bundesregierung auf diesen Politikansatz, diese Leitlinie setzen. Politik braucht Gespür für das Machbare **und** das Zumutbare. Dieses Gespür zu entwickeln wird die große Chance bei den bevorstehenden Regionalkonferenzen zur Fortschreibung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sein.

Wir müssen die Parallelität aushalten, dass es den einen zu weit und den anderen nicht weit genug geht. Ohne die Bereitschaft, Risiken einzugehen, wird es keine Vorsorge für die Umwelt, die Gesellschaft und unsere ökonomische Grundlage für gutes Leben geben.

Andersherum ausgedrückt: Transformation ohne Ehrgeiz ist nur eine hohle Geste. Wer die schwarze Null langfristig halten will, muss die grüne Null heute wollen und einkalkulieren. Wir brauchen nicht mehr Ausgaben für Nachhaltigkeit, von allen, nicht zwangsläufig eine höhere Staatsquote – aber einen konsequent an den SDGs ausgerichteten Wettbewerb und ebensolche öffentliche Haushalte.

Der Wohlstand von morgen muss heute schon vorbereitet werden – Carlowitz lässt grüßen -, und zwar durch vorausschauendes investierendes Wirtschaften, Wettbewerbsgeist und die Bereitschaft zur raschen Veränderung auch durch einen ordnungspolitischen Rahmen mit nachhaltiger

Steuerungswirkung. Eins muss klar sein: Innovation findet im Zweifel woanders statt. Nachhaltigkeitspolitik ist auch Standortpolitik.

Lassen Sie mich dieses Potenzial anhand der zwei Beispiele des Klimaschutzprogrammes der Bundesregierung und wissenschaftlichen Erkenntnissen zum nachhaltigen Wirtschaften ausführen.

Ein CO₂-Preis ist die zentrale Maßnahme, um schnell, dynamisch und dauerhaft ein Steuerungssignal zu setzen. Er hat eine lenkende **und** symbolische Bedeutung für die Transformation der Wirtschafts- und Konsummuster. Die Erweiterung des CO₂-Handelssystems um die Bereiche Gebäude und Verkehr ist ein richtiger, aber in der jetzt vorgeschlagenen Form aber unzureichender Schritt. Die Einführung eines CO₂-Preises ist zwar positiv, der Preis liegt aber weit unter dem, was Wissenschaftler und Finanzakteure fordern, um ein wirksames Steuerungssignal zu setzen. Das 1,5°C-Ziel erfordert weit mehr und tiefer eingreifende Reduktionen. Und auf klarere Perspektiven können sich Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger einstellen. Klimaschutz ist ein Marathon mit vielen Zwischenstationen zum Nachsteuern, das wird auch nötig sein. Wir fordern von der Bundesregierung umfassende Maßnahmen um für die Bürgerinnen und Bürger Alternativen zu den heute nicht nachhaltigen Lebensstilen zu schaffen.

Dazu gehört auch ein klares Signal, um nachhaltiges Wirtschaften und ressourcenleichten Konsum anzureizen.

Wissenschaftliche Quellen belegen, dass die generellen Geschäftsrisiken nachhaltiger Geschäftsmodelle kleiner und Investitionen rentabler sind als in Unternehmen, die nachhaltiges Wirtschaften ignorieren.

Betreiben wir *business as usual*, und melken schon altgewordene *cash cows*, werden mit dem traditionellen Fokus auf Finanzkennzahlen die externen Effekte von zum Beispiel Umweltschäden, Bildungsdefiziten und Innovationsrisiken ausgeblendet. Dabei liegen für Unternehmen gerade hier die großen Risiken. Je länger sie wegschauen, umso größer werden die Risiken. Daher müssen wir stärker hinschauen: zum Beispiel auf Menschenrechte in Wertschöpfungsnetzwerken und Innovationen für Ressourcen- und Klimaschutz.

Ich verweise besonders auf **dieser** Konferenz gerne auf die Rats-Initiative Deutscher Nachhaltigkeitskodex mit der wir seit über sieben Jahren stetig und beharrlich darauf hinarbeiten, dass diese Risiken und die konstruktive Befassung mit ihnen als Chancen erkannt, gemanagt und berichtet werden. Dass wir, wenn nötig, die Unternehmen auch einzeln einsammeln können, haben wir in den letzten Jahren gezeigt. Was wir nun brauchen, sind öffentlich wahrnehmbare Partnerschaften – **auch** von Global Compact und Nachhaltigkeitskodex, und einen politischen Ordnungsrahmen, der die Verbreitung in Freiheit des Wettbewerbs und Verbindlichkeit der Anwendung weiter fördert.

Ich bin davon überzeugt, dass wir alle Instrumente haben, um mithilfe von Politik und Regierungshandeln auf allen politischen Ebenen, mit der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und

Wissenschaft eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Wichtig ist, diese nun konsequent zu nutzen und intelligent miteinander zu verknüpfen, statt sie gegeneinander auszuspielen.

III.

Lassen Sie mich abschließend nach Europa schauen. Vier Jahre nach Verabschiedung der SDGs legte Frans Timmermans ein Reflexionspapier vor, welches drei Szenarien zur Umsetzung der SDGs in Europa skizzierte. Durch die Europawahl und die neue Kommission ist nun erkennbar Schwung in die Umsetzung der Agenda 2030 auf EU-Ebene gekommen.

Es bleiben nur noch gut 10 Jahre zur Umsetzung. Die Umsetzungsmaßnahmen müssen deshalb rasch und konzertiert formuliert und umgesetzt werden. Daher erwarten wir von dem neuen europäischen Parlament und der neuen Kommission unter der Präsidentschaft von Ursula von der Leyen in den kommenden 12 Monaten drei zentrale Weichenstellungen:

Erstens wurde die Verpflichtung zur Umsetzung der SDGs von der neuen Kommissionspräsidentin allen Kommissarinnen und Kommissaren für ihre Arbeit in den kommenden Jahren mitgegeben. Damit ist die Aufforderung enthalten, das Zielsystem der SDGs in jedem Kommissariat anzuwenden. Was nun folgen muss, ist die Etablierung von Mechanismen und Prozessen, um diesem vernetzten Zielsystem Rechnung zu tragen.

Eine zentrale Koordinationsfunktion wird dabei sicher der neue Vizekommissionspräsident Frans Timmermans übernehmen. In seiner Rede beim SDG-Gipfel im September vor den Vereinten Nationen hat er eine systemische Perspektive angedeutet, indem er eine Transformation des Ernährungs- und des Finanzsystems anstrebt. Darüber hinaus soll Europa bis 2050 klimaneutral werden. Um auf diese Ziele hinzusteuern und sie in einen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gesamtkontext einzubetten, brauchen wir dringend eine europäische Nachhaltigkeitsstrategie, die auch Überprüfungen ermöglicht.

Auch der neue Wirtschaftskommissar hat den Auftrag erhalten, das europäische Semester an den SDGs auszurichten. Das Europäische Semester erlaubt die frühzeitige Überprüfung der Haushalts- und Reformprogramme aller Mitgliedsstaaten.

Das ist ein begrüßenswerter Schritt, da somit der Nachhaltigkeitsgedanke so Einfluss auf die Budgetplanung bekommt. Somit erhalten wir die Möglichkeit, Erfolge künftig nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in ihrem Beitrag zur Umwelt und zur Erreichung der sozialen Ziele zu messen. Wir erwarten von der europäischen Kommission einen konsequenten Umsetzungsfahrplan, in dem Zeitplanung, Ziele und konkrete Maßnahmen festgelegt werden.

Zweitens erwarten wir uns die größte Signalwirkung, wenn im kommenden Jahr die Verhandlung des mehrjährigen Finanzrahmens der EU für die kommenden – für die SDGs entscheidenden – 7 Jahre abgeschlossen wird. Wenn hier die Weichen so gestellt werden, dass sich die Budgetplanung an den SDGs orientiert, kann ein Wandel wirklich gelingen.

Drittens wird Deutschland im kommenden Jahr die EU Ratspräsidentschaft übernehmen. Das ist eine hervorragende Möglichkeit, die Agenda 2030 zur Zukunftsagenda für die Europäische Union zu

machen und die Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsziele voranzubringen. Die Europa 2030-Strategie muss meines Erachtens eine Nachhaltigkeitsstrategie sein.

Mit dem zukunftsgewandten Aachener Vertrag beschreiben die Partner Frankreich und Deutschland wie sie die Transformationsprozesse gemeinsam bewältigen möchten. Diese bilaterale Zusammenarbeit ist ausdrücklich für weitere EU-Mitgliedstaaten geöffnet, sodass einzelstaatliche Transformationserfahrungen, beispielsweise die spanischen und deutschen Erfahrungen mit dem Kohleausstieg, zum Wohle der europäischen Transformation europäisiert werden können. Auch der EU-Außenhandel muss zukünftig unter SDG-Gesichtspunkten gestaltet werden.

Unsere Erwartung an die Bundesregierung ist deshalb ein entschiedenes Eintreten für die Agenda 2030 auf nationaler und auf europäischer Ebene.

Die politischen Leitplanken sind zukunftsfähig – nun müssen sie handlungsleitend werden. Die Ideen von Nachhaltigkeit, Vorsorgeprinzip und Generationengerechtigkeit müssen durch eine verfassungsrechtlich verbindliche – und damit sanktionierbare – Aufnahme des Nachhaltigkeitsprinzips in das Grundgesetz einfließen. Dies wird Signalwirkung auch für europäische und internationale Normen entfalten und die Governance von Nachhaltigkeit entscheidend verbessern. Für Regierungen, Verwaltungen und auch für Unternehmen würde das bedeuten, dass Handeln im Sinne der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit vom Wünschenswerten zur Norm würde.

Damit würde dem Umstand Rechnung getragen, dass immer mehr Menschen verantwortlich und verbindlich eingebunden und aktiv werden können, erkennen doch immer mehr Menschen die objektiv steigende Dringlichkeit nachhaltiger Entwicklung.

In der Nachhaltigkeitspolitik sind wir an dem Punkt angekommen, an dem es um nicht weniger als um Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden geht, um die Erhaltung der Umwelt und um ein Leben in Würde für alle Menschen und Völker. Eine vorausschauende, wirkungsvolle und gut begründete Nachhaltigkeitspolitik ist ein Gebot der Demokratie – und zugleich ihre Bewährungsprobe.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns allen eine belebte Diskussion. Vielen Dank!